

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 202-295
Zel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Morwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Sonnabend

11. Juli 1925

Berlin und Anzeigenabteilung: Geschäftsjahr 9-9 Uhr
Verleger: Dietrichs-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Die Gefahr der Kartellpolitik.

Auseinandersetzung zwischen Schwerindustrie und Fertigungindustrie im Zollauschutz.

Die Fortsetzung der am Freitag begonnenen Generaldebatte über Eisen und Eisenwaren im Zollauschutz wurde zu einer sehr interessanten Auseinandersetzung der verschiedenen Interessengruppen. In dem seither geschlossenen Block der Regierungsparteien tauchten auf einmal die Gegensätze auf. Während Herr Dr. Reichardt als Vertreter der Schwerindustrie für den lückenlosen Hochschutzzoll der Eisen schaffenden Industrieprodukte eintrat, machten die Herren von Raumer und Lammers auf die großen Gefahren für die verarbeitende Industrie eindringlich aufmerksam. In der Aussprache verjügte u. Raumer allerdings der Sozialdemokratie Unobjektivität in der wirtschaftlichen Betrachtung zu unterstellen. Dr. Reichardt verjügte den Nachweis, daß die zollgeschützten Länder einen stärkeren Export in Metallwaren nachweisen können als z. B. das Freihandelsland England. Die Ziffern, die Herr Dr. Reichardt beibrachte, sind allerdings, wie später von unserer Seite betont wurde, mit größter Vorsicht zu genießen. Sie erscheinen rein konstruktiv, wie auch die Vergleiche zwischen den Tarifen 1840 und 1871 zu 1918 und später nur eine sehr gewalttätige Konstruktion als Beweis für die Notwendigkeit von Hochschutzzoll darstellen können. Dem Kommunisten Rosenberg machte Reichardt das Kompliment der gründlichen Erörterung der inneren Zusammenhänge, wie es alle anderen bürgerlichen Redner auch tun, wenn sie sich auch von den Schutzforderungen des Kommunisten abwenden. Als Motto des freihändlerischen Standpunktes der deutschen Kommunisten gegenüber den russischen, deren Prinzip der abgeschlossene Handelsstaat sei, könne nur der agitatorische Grund maßgebend sein, die Sozialdemokraten in ihrem Freihandelswillen noch zu übertrumpfen.

Genosse Hilsberg unterzog bei dieser Gelegenheit die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen und die Bemühungen der deutschen und der französischen Schwerindustrie, zu einem privaten Handelsvertrag zu kommen, einer gründlichen Kritik.

Auch wenn private Vereinbarungen getroffen würden, seien sie abhängig von der staatlichen Politik.

und würden immer grundlegend beeinflusst von der Zollgesetzgebung. Die Ueberlegenheit der eisenschaffenden Industrie zwingt die weniger kräftige verarbeitende Industrie dazu, sich an die erste anzuklehen. Vorteile von dieser Verbindung hätten aber nur die großen und vielleicht noch die mittleren Betriebe, während die kleinen in absolute Notwendigkeit gezwungen würden. Die Gefahr der mit dem Wohlkommen verbundenen Kontingenzpolitik ergebe sich daraus, daß sie den Abschluß von Handelsverträgen erschwere, das Monopol der eisenschaffenden Industrie stärke und die Abwälzung der Zölle auf das Ausland unmöglich mache. Das komme wieder die technische Entwicklung und erschwere die auf dem Weltmarkt notwendige Konkurrenzfähigkeit. Der Zollnachschuß gegenüber einem Land, z. B. Frankreich, um die Hälfte erzwinge Gegenmaßnahmen Englands und Amerikas, die sich selbstverständlich eine derartige Differenzierung nicht gefallen lassen würden.

Unter den Umständen ist es Deutschland unmöglich, die Hauptforderung, nämlich die Reißbegünstigung durchzuführen.

Außerdem aber auch wird durch die privaten Abmachungen das Interesse der französischen Schwerindustrie an einem staatlichen Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern wesentlich herabgemindert. Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik gehe darauf hinaus, einen Zolltarif zu schaffen, der die Roh-

stoffe für Industrie und Landwirtschaft freiläßt, nur dadurch ist die Möglichkeit einer Veredelungsindustrie gewahrt, die uns in der Neugestaltung der westwirtschaftlichen Zusammenhänge die Lebensmöglichkeit garantiert. Die jetzt übliche Zollpolitik dient nur dem Abschluß gegenüber der ausländischen Konkurrenz und sie führt zu kartellartigen Bindungen, zu Preisstellen und steigert die Rente auf Kosten der Verbraucher und der technischen Entwicklung. Es ist kein Wunder, daß die Argumentation der Kommunisten und der kapitalistischen Interessengruppen so sehr übereinstimmen. Der Grund sei ein rein politischer: den Nachweis zu erbringen, daß die Ursache der schlechten wirtschaftlichen Lage auf den Abschluß des Dawes-Abkommens beruhe. Auf dem Wege könne die Sozialdemokratie nicht folgen.

Abg. Cammers (3.) verbreitete sich in erster Linie über die Handelsvertragsverhandlungen und gibt glatt zu, daß in der jüngeren Vergangenheit eine große Zahl wirtschaftlicher Maßnahmen getroffen wurden, die sich verhängnisvoll auswirkten. Er tritt Hilsberg absolut bei in der Charakterisierung der Kartellpolitik und bestätigt weiter den sozialdemokratischen Standpunkt, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur durch internationale Abmachungen beseitigt werden können.

Je mehr die Einfuhrverbote fallen, desto mehr müsse die verarbeitende Industrie dafür eintreten, die Zölle abzubauen.

Diese Entwicklung sei aber nur stufenweise zu durchlaufen.

Der Wirtschaftsminister betont, daß die Einfuhrkontingente als Heberbleibel der Kriegszeit und als Folge der Einfuhrverbote künftig als Ueberfall fallen müßten.

Der demokratische Abg. Meyer-Berlin bemerkt, das wirtschaftliche Schwergewicht beginne sich von der Schwerindustrie auf die Fertigungindustrie zu übertragen. Er betont, daß es notwendig wäre im Interesse dieser Entwicklung den Weg des automatischen Zollabbaues, so wie er in dem Tarif bei Automobilen vorgegeben sei, weiter zu verfolgen.

Genosse Dittmann beschäftigt sich eingehend mit der Beweisführung Dr. Reichards. Er weist nach, daß die Behauptung, die Länder mit Schutzzollentzügen hätten die größte Steigerung der Exportziffern nachzuweisen, auf solchen Voraussetzungen beruhe. Dittmann betont, daß es unsinnig ist, die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise durch einen deutschen nationalen Zolltarif bekämpfen zu wollen. Gerade aus wirtschaftlichem Interesse müßten wir uns gegen die Zollabsichten wenden, die der arbeitenden Bevölkerung die Lebenshaltung außerordentlich verteuerten und in ihrer letzten Wirkung den inneren Markt völlig zerstören. Gegenüber den Klagen der Unternehmer, daß die Beschränkung der Arbeitszeit produktionshemmend gewirkt habe, weist Dittmann auf Grund statistischer Unterlagen nach, wie gerade

die Einführung des Achtstundentages eine Steigerung des Produktionsergebnisses

gebracht hat. Entgegen der Behauptung einiger Herren, daß auch die englische Arbeiterschaft sich von dem Prinzip des Freihandels abgewendet habe, konnte unser Redner den Nachweis erbringen, daß die Organisationen sich mit aller Entschiedenheit trotz der besonderen englischen Lage gegen eine Verringerung des Systems wenden. Nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren v. Raumer und Rosenberg folgten Abstimnungen. Der Ausschuß vertagt sich darauf auf Montag vormittag.

Teil- oder Gesamtsicherung?

Das europäische Sicherheitsproblem.

In London nahm vor einigen Tagen die Sozialistische Internationale Stellung zum Sicherheitsproblem. Sie forderte ein Politik des Völkerbundes und des Genfer Protokoll; sie erklärte sich mit Teilverträgen nur einverstanden, wenn sie dem Völkerbund unterstellt und Maßnahmen gegen einseitige Anwendung geschaffen werden. In Warschau wies die 9. Verbandstagung der Völkerbundgesellschaften wieder auf das Genfer Protokoll und Deutschlands Aufnahme in den Bund als bestes Mittel der Friedenssicherung hin. In Paris und London erwarten die Entente-regierungen die Antwort auf den Vorschlag ihrer Teillösung. In Berlin berät die Reichsregierung über eine Zwischenantwort mit bestimmten Vorschlägen. Sie wird in wenigen Tagen im Auswärtigen Ausschuss vor ihrer Absendung besprochen werden. Von der Richtung, die diese Antwort einschlagen wird, hängt es ab, ob Europa weiterhin den Weg der Teillösung oder unmittelbar zu einer Gesamtlösung geht.

Die answärtige Politik des Reiches steht vor einer doppelten Aufgabe. Einerseits ist der Versuch zu machen, von Frankreichs Bestreben loszukommen, als Garant deutscher Schiedsverträge eine Art Patronat über Deutschland auszuüben. Andererseits ist, möglichst durch eine Konferenz, der Fortgang der Sicherheitsbestrebungen zu sichern, deren Scheitern Europa in eine neue Periode von Spannungen und Unsicherheit stürzen würde.

Die Handlungsfreiheit der deutschen Regierung ist dabei größer als im allgemeinen angenommen wird. Sie hat sich auf die Vorschläge des Februar-Memorandum festgelegt, aber unter den damals angedeuteten Möglichkeiten der Sicherung hat sie auch die europäische Gesamtlösung ins Auge gefaßt; nur ist dieser Weg der Verhandlungen durch die englisch-französischen Besprechungen und die Antwort vom 16. Juni in den Hintergrund getreten. Die Reichsregierung ist außenpolitisch frei, das Schwergewicht ihrer Antwort mehr auf eine Gesamt- als auf eine Teillösung einzustellen.

Während zur Zeit der letzten Völkerbundstagung und noch die nächsten Wochen danach alle Welt über die Zweckmäßigkeit und das Rahebenehmen der europäischen Lösung sich einig war, ist durch das Absinken Englands und die Passivität Deutschlands die ententistische Parteilösung in den Vordergrund getreten. So sehr auch die kontinental-europäischen Sozialdemokraten grundsätzlich sich für jene einsetzten und einsehen, eine Teillösung haben sie noch immer besser als gar keinen Fortschritt empfunden. Aber die Gefahr einer zwischen der Garantie für die französische Ostgrenze und die Nichtgarantie der polnischen Westgrenze untercheidenden Teilsicherungs-politik ist durch Frankreichs Antwort so deutlich geworden, daß bei der Opposition eines Teiles der deutschen Regierungsparteien und der allgemeinen Unlust, sich nochmals der Wirkung des politischen Uebergewichtes von Frankreich und England auszuweichen, eine gewisse Gefahr entstanden ist, daß die Verhandlungen sich mehr hinschleppen als tatkräftig vorwärts-schreiten.

In dieser Lage wäre es falsch, weiterhin anzunehmen, daß die Stunde der gesamteuropäischen Lösung vorbeiehe. Die Möglichkeit, aus Europa ein einheitliches Rechtsgebiet zu machen, in dem der Friede durch Völkerrecht gesichert ist, ist unter der Oberfläche der Paktverhandlungen vorhanden geblieben. Wir stellen bereits einmal fest, daß Europa durch das Fernbleiben Deutschlands vom Völkerbunde und vom Genfer Protokoll in zwei voneinander getrennte Sicherheitsgebiete zerfällt. Eben diese Tatsache gab dem tschechoslowakischen Außenminister Bensch vor einigen Monaten Anlaß, von zwei Bündnisystemen im Osten und Westen Europas zu sprechen. Sie legt aber eher den Vorschlag nahe, daß Deutschland die Brücke über den Abgrund der Unsicherheit durch Beitritt zum Völkerbunde und zum Genfer Protokoll bilden sollte. Eine solche, bereits in dem Schlußsatz des Februar-Memorandum angedeutete Wendung, begegnet dem Einwand, daß das Genfer Protokoll „tot“ sei. In Wirklichkeit ist das so wenig der Fall, wie der Völkerbund vor einigen Jahren „tot“ war. Frankreich hält, wenn es auch auf das englische Sicherheitsangebot einging, an der Genfer Lösung fest. Briand ist darauf stolz, einer ihrer „verantwortlichen Autoren“ zu sein und hält es „für eine öffentliche Ehre, das Protokolldokument ohne Vorbehalt im Namen der französischen Regierung unterzeichnet zu haben“. Mit einer gegenüber Alliierten recht ungewöhnlichen Schärfe hat er in der Märztagung des Völkerbunds die Einwände und Vorwände Chamberlains zerstückelt. Nach seiner getriggen Unterredung mit Briand erklärte Bandererde, daß Frankreich ebenso wie Belgien seiner Unterschrift unter dem Protokoll treu bleibt und die Paktverhandlungen nur als einen Schritt zu der allgemeinen Schiedsgerichts-lösung ansieht.

So steht es der Reichsregierung wieder einmal offen, von ihrer bisherigen Völkerbunds- und Protokollnegation abzuweichen und die Gesamtlösung ins Auge zu fassen, die sie seit dem Aufhören der Verhandlungen über die deutsche Völkerbunds-aufnahme gänzlich vernachlässigt. Greift sie aber auf die gesamteuropäischen Sicherungsmöglichkeiten zurück, so bedeutet das keine „Option“ zwischen England und Frankreich. Es handelt sich keinesfalls darum, eine Lösung gegen oder auch nur ohne England zu suchen. Die kontinental-europäische Sicherung hat keine Spitze gegen das Inselreich. Der Plan einer Allianz mit Frankreich wäre so irreführend, daß er keiner Erwähnung bedarf. Es handelt sich vielmehr darum, mit Frankreich gegenseitige Sicherheitsverpflichtungen einzugehen,

Das Urteil im Wohnstättenprozeß.

Freispruch. — Leichtfertig, aber nicht schuldig.

Nach vierwöchiger Verhandlung wurden heute mittag fünf Angeklagte vom Schöffengericht Mitte von der Anklage des Betruges, der Untreue und der Unstiftung dazu auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Die angeklagten Beamten haben leichtfertig und vom Beamtenstandpunkt grob fahrlässig gehandelt, aber sie haben sich nicht strafbar gemacht. Ueber ihre handlungsweise wird der Disziplinarrichter, der den Verhandlungen beigewohnt hat, zu entscheiden haben.

Wer führt?

Der Fall Westarp-Strefemann.

Die Polemik zwischen den Deutschnationalen und dem Auswärtigen Amt wird fortgesetzt. Heute nimmt die „Deutsche Tageszeitung“ Stellung gegen die Zurückweisung der Westarpschen Darlegungen durch die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“. Die „Deutsche Tageszeitung“ unterstreicht die Ausführungen Westarps noch einmal. Sie schreibt:

„Uns ist es unverständlich, wie ein Politiker so instinktiv sein kann, daß er auf jede Weise auch heute noch die deutsche Politik dadurch zu binden sucht, daß er entgegen den tatsächlichen Verhältnissen jenem Memorandum unbedingt und gewaltsam den Charakter eines Schrittes der gesamten Reichsregierung zu geben sucht.“

„Unter diesen Umständen muß es heute als ein Glücksfall betrachtet werden, daß das Memorandum, wie kürzlich in dem Kommuniqué der Reichsregierung ausdrücklich festgelegt worden ist, vom Außenministerium und nicht auf Grund eines Kabinettsbeschlusses formuliert worden ist. Soweit der Außenminister nach internationalen Regeln die Reichsregierung binden kann, ist Deutschland gebunden, aber nicht mehr. Eine ausdrückliche vollinhaltliche Billigung des Memorandums durch das Gesamtkabinett oder andere Regierungsinstanzen liegt schon deshalb nicht vor, weil diesen nicht der Wortlaut bekanntgegeben worden ist, der allein ein vollständiges Urteil ermöglicht.“

Es handelt sich um den Versuch, die Regierung von der eingeschlagenen außenpolitischen Linie abzuweichen und ihr die unehrliche Ausrede zu suggerieren, mit der sie sich von ihren Vorschlägen zurückziehen soll. Der Versuch wird trotz der

ersten offiziellen Abweisung fortgesetzt. Demgegenüber muß rasch, öffentlich, eindeutig festgestellt werden, wer die deutsche Außenpolitik führt: der Außenminister und der Reichskanzler, der verfassungsmäßig die Linie der Politik bestimmt, oder die deutschnationale Fraktion.

Die Stellung des Zentrums.

Die „Germania“ fordert Klarheit über folgende Fragen: „Wer regiert in Deutschland, Stresemann oder Graf Westarp, und welchen Wert haben noch die äußerlich tatsächlichen Versöhnungsversuche des Reichskanzlers Dr. Luther? Wenn demnächst die deutsche Antwortnote an Briand abgeht, ist sie ein Wort oder nur ein Geräusch? Und wenn sie noch zu Verhandlungen führen sollte, mit welcher Autorität wird Deutschland sprechen?“

Es liegt nicht nur an der Regierung, es liegt vor allem auch bei der Zentrumsfraction des Reichstags, daß diese Klarstellung bisher noch nicht in aller Deffenlichkeit erfolgt ist. Sie hat der Verwirrung, der Gerüchthäbung, der Erschütterung der Autorität der Regierung bisher zugehört. Wann wird sie ihre Autorität in die Waagschale werfen?

Es wird geräumt.

Brüssel, 11. Juli. (W.B.) Die Agence Belge meldet: Die zurzeit im Ruhrgebiet befindlichen Truppen werden zwischen dem 15. und 25. Juli in ihre belgischen Garnisonen zurückkehren.

Stimmen der „Wirtschaft“.

Nur keine Aufwertung.

Köln, 11. Juli. (W.B.) Die Industrie- und Handelskammer Köln richtete eine Eingabe an den Reichskanzler, in der sie unter Hinweis auf die immer größer werdenden Zahlungsschwierigkeiten, Betriebseinschränkungen und Stilllegungen bittet, daß der Reichskanzler mit der ihm eigenen Tatkraft eingreife, um diese Kosten und Hemmnungen zu beseitigen oder doch nach Möglichkeit zu erleichtern. Gleichzeitig wird in der Eingabe der Wunsch nach möglichst schleuniger Verabschiedung der dem Reichstag vorliegenden Steuergesetze und nach größter Sparsamkeit auf der Ausgabenseite bei Reich, Ländern und Gemeinden ausgesprochen. Vor einer Ueberpannung der sozialen Lasten gewarnt und erklärt, in der Aufwertungsfrage stelle die heutige Vorlage das Äußerste dar, was noch von der Wirtschaft geleistet werden könne.

Die in der Gegenwart eine Entspannung und für alle Zukunft ein Verfahren friedlicher Auseinandersetzungen vorsehen. Die englisch-französische Entente wird davon nur in dem Sinne berührt, daß England Frankreichs Westgrenze in so leichter garantieren kann, je mehr der europäische Kontinent gegen die Wiederkehr kriegerischer Auseinandersetzungen überhaupt gesichert ist. Weit über die bisher in Aussicht genommene einzeln, mit der Tschechoslowakei und mit Polen abzuschließenden Schiedsverträge (ohne Zwang zur Schlichtung politischer Streitigkeiten) hinaus würde der Anschluß an den Völkerbund und das Genfer Protokoll mit einem Strich ein Sicherungssystem schaffen, das Deutschland mit allen seinen Nachbarn automatisch verbindet und dabei zugleich keinen Unterschied zwischen Ost- und Westgrenze macht. Zugleich würde die für die schließlich europäische Sicherung schließlich unentbehrliche Abrüstung gefördert, wenn Deutschland als zukünftiges Mitglied des Völkerbundes seine Unterschrift unter das Protokoll setzt.

Die Wendung zum Völkerbund und zum Genfer Protokoll hin bedeutet für Deutschland das sicherste Mittel gegen das französische Streben nach Patronage über Deutschland. Nicht das auf lange Jahre hinaus militärisch übermächtige und Polen und der Tschechoslowakei verbündete Frankreich, sondern der Völkerbund würde der Garant der zwischen Deutschland und seinen Nachbarn bestehenden Schiedsverpflichtungen sein. An die Stelle des übermächtigen Nachbarn trat also die Völkergemeinschaft selbst, in der Deutschland und England sich und Stimme haben und haben werden.

Die Wendung zum Genfer Protokoll hätte aber über die Abwehr französischer Macht Tendenzen hinaus noch eine weitere friedenspolitische Wirkung. Je mehr sich Deutschland auf die von der Sozialistischen Internationale geforderte internationale Lösung einstellt, je stärker es die gesamteuropäischen Interessen zu fördern beabsichtigt ist, um so eher wird es erreichen, daß seine besonderen nationalen Interessen ihre Befriedigung finden. Je mehr Deutschland sich von der ententistischen Sicherheitspolitik, in der es auf absehbare Zeit hin nur die Nebenrolle des geduldeten jüngeren Teilhabers spielen kann, ab- und einer alle europäischen Völker umfassenden Sicherheitspolitik zuwendet, um so eher kann es erwarten und um so stärker kann es sich dafür einsetzen, daß die berechtigten Forderungen, die es als Nation zu stellen hat, ihre Erfüllung finden.

„Die lieben Fiddin in Paulen“.

Lubendorffs Wahrheitsliebe.

Lubendorff will seinen Ruf als „die lieben Fiddin in Paulen“ nicht wahr haben. Der große Antisemit ist peinlich davon berührt, daß man ihm Judenfreundlichkeit im Weltkriege nachsagen will. So dementiert er nach Leibesträften. Den Rufus kann er nicht gut abtun. Aber er ist an ihm ganz unschuldig. Der „Jude“ ist auch hier schuld. Der böse Rabbiner hat ihn veranlaßt. Im übrigen, mit Judenfreundlichkeit hatte er nichts zu tun. Wörtlich schreibt Lubendorff an einen seiner Gesinnungsgenossen in Breslau:

„Bei dem Einmarsch in Polen im Oktober 1914 erließ der Oberkommandierende der 9. Armee auf Vorschlag des im Stabe befindlichen Feldrabbiners einen Rufus an den jüdischen Volksteil Polens. Der Wortlaut ist mir nicht in Erinnerung. Im Kriege kommt man in die Lage,

den Teufel mit Beizebub auszutreiben.

Der Rufus war ein rein militärisch-politischer Akt und nichts weiter, geboten durch die Lage der Stunde. Einen Liebesdienst der jüdischen Bevölkerung habe ich nie angenommen, ebensowenig wohl ein deutschblütiger Soldat, denn die Wohnungen der Juden in Polen gehen als besonders verkauft und waren meist schon durch die jüdischen Familien überall belegt.“

Aber der General hat Recht. Seine Spekulation auf die Gedächtniswache anderer Leute hat fehlgeschlagen. Es meidet sich der Rabbiner Dr. Levy, der zur fraglichen Zeit Feldrabbiner bei der 9. Armee war, und erklärt:

„Niemand ist ein derartiger Vorschlag von mir ausgesprochen worden, vielmehr sind die Tatsachen wiedergegeben an der Hand meiner Lagebuchaufzeichnungen folgende:

1. Am 26. September 1914 meldete ich mich in Beuthen bei General Lubendorff als der der 9. Armee zugeteilte Feldrabbiner. Auf die Frage des Generals, wie ich mir meine Tätigkeit vorstelle, entwickelte ich ihm meinen Arbeitsplan, der ausschließlich die Seelsorge an den jüdischen Soldaten der Armee zum Gegenstand hatte. Als ich fertig war, meinte der General: „Ich habe noch einen besonderen Auftrag. Wie kommen Sie nach Polen, wo zahlreiche Juden wohnen. Suchen Sie mit diesen Jüdlingen zu nehmen, sie über die Freundlichkeit unserer Bestimmung aufzuklären und den Militärbehörden darin behilflich zu sein, das Vertrauen der jüdischen Bevölkerung durch Rücksichtnahme auf deren religiöse Empfindungen zu gewinnen.“

2. Am 5. Oktober wurde mir vom Nachrichtenoffizier des AKR ein fertiges, in hebräischer und jiddischer Sprache gedrucktes Flugblatt übergeben, mit der Weisung, es ins Deutsche zu übersetzen. Bis dahin hatte ich von einem Rufus weder etwas gehört noch gesprochen.

3. Am 8. Oktober wurde ich zu General Lubendorff befohlen. Er erkundigte sich nach der Stimmung unter der jüdischen Bevölkerung und fragte mich, ob ich mir etwas von dem geplanten Rufus verspreche. Im übrigen wünschte er einige Veränderungen an dessen Wortlaut und forderte mich auf, in entsprechendem Sinne eine Umredigierung vorzunehmen. Nachdem diese ihm vorgelegt und von ihm genehmigt war, wurde ich mit der Rückübertragung ins Hebräische und Jiddische und der Beforgung des Neudrucks beauftragt, was ich selbstverständlich tat. Das ist mein Anteil an der Entstehung des Rufus.

Rabbiner Dr. A. Levy, Berlin.

Diese Angaben entnehmen wir der Zeitschrift des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten. Wessen Gedächtnis in diesem Fall das bessere ist, kann nicht gut zweifelhaft sein. Die Gegenüberstellung genügt, um Lubendorff in seiner ganzen Größe zu kennzeichnen.

Wirkung in die Ferne.

Der „Zauber der Uniform“ wirkt draußen anders als auf manchen drinnen. Eine Photographie, die den Kronprinzen bei einer Potsdamer Denkmalsentweihung vor strammstehenden Reichswehrsoldaten zeigt, hat hierzulande gewiß das Herz manches Oberleutnants höher schlagen lassen. Jetzt aber findet man dieses Bild auf der Titelseite der Londoner „Evening News“, eines in Millionen von Exemplaren verbreiteten Blattes, und darunter die Bemerkung, damit würde die Erinnerung an die furchtbaren Zeiten des preussischen Militarismus wieder hervorgerufen.

Die propagandistische Wirkung solcher bildlicher Darstellungen ist ungeheuer. Sie gibt dem Ausland die Vorstellung, daß in Deutschland eigentlich alles beim alten geblieben sei und der preussische Militarismus als eine Weltbedrohung fortbestehe.

Die Sache wird noch viel schöner werden, wenn das Recht auf das Tragen von Uniformen der alten Armee allgemein gesetzlich geregelt statt einfach beseitigt wird. Alle diese photographierten Eitelkeitsparaden sind unschätzbare Propagandamaterialien in den Händen der Gegner Deutschlands. Rindsköpfe haben daran ihr kleines Vergnügen, das deutsche Volk hat den Schaden davon.

Stinnes-Kredite und Reichspost.

Ein „Dementi“ des Reichspostministeriums.

Zu unserem Artikel „Die Gefahr der Stinnes-Kredite“ sendet uns das Reichspostministerium folgende „Berichtigung“:

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 27. Juni (Nr. 300) ist in dem Artikel „Die Gefahr der Stinnes-Kredite“ die Behauptung ausgesprochen worden, daß kurzfristige Einlagen der Deutschen Reichspost in der Form der Lombardierung Stinnescher Kreditunterlagen dem Kreditkollaborium der Privatbanken als Rückdeckung für geleistete Bareinschüsse zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Behauptung ist unzutreffend; die Deutsche Reichspost hat dem Stinnes-Konzern keinerlei Kredit in irgendwelcher Form gewährt, noch besteht die Absicht, dies künftig zu tun. Ob die Preussische Staatsbank derartige Kredite gewährt hat, ist hier nicht bekannt; auf die Finanzgeschäfte des preussischen Staats hat die Deutsche Reichspost jedenfalls keinerlei Einfluß.

Die Reichspost dementiert etwas, was wir nicht behauptet haben. Sie bestreitet nicht, daß sie bei der Seehandlung Konten unterhält, und sie vermag erst recht nicht zu bestreiten, was jeder Mensch außerhalb des Postministeriums weiß, daß die Preussische Staatsbank einen Stützungskredit von 20 Millionen für Stinnes ausgeschrieben hat, um die Liquidation der Banken zu unterstützen. Mehr haben wir nicht gesagt. Kein sachlich bestreitet also zwischen dem Stinnes-Konzern und der Reichspost keine andere Verbindung, als diejenige zwischen dem Barmat-Konzern und der Reichspost war. Auch damals wurden die Postgelder über Bankinstitute geleitet. Wir warten nur vergeblich auf die moralische Entrüstung der Reichsparteien über diese Verwendung von Staatsgeldern zu Privatwecken, die jetzt offenbar der Postverwaltung selbst peinlich wird.

Neuordnung der Umsatzsteuer.

Das stärkste Kennzeichen für die unsoziale Tendenz der Steuer vorlagen der Reichsregierung ist die Tatsache, daß sie keinerlei Milderung oder Wäderung der Umsatzsteuer vorzusehen. Es ist das Verdienst der Linken, daß diese Absicht durchkreuzt wurde. Ihr unablässiges Drängen auf Herabsetzung der Umsatzsteuer hat die Regierungsparteien gezwungen, entgegen ihren ursprünglichen Absichten noch in der ersten Lesung im Steuerauschuß und vor der Erledigung der Vorlagen über Bier- und Tabaksteuer das Problem der Umsatzsteuer in Angriff zu nehmen.

Die Umsatzsteuer ist am 1. Oktober 1924 auf 2 Proz. ermäßigt worden, und beträgt seit 1. Januar 1925 1 1/2 Proz. Ihre Ermäßigung auf diesen Satz hat zwar die Einnahme an Umsatzsteuer geschmälert, aber nicht in dem Maße, wie die Ermäßigung des Steuerfußes erwarten ließ. Ob die Ermäßigung der Umsatzsteuer um zweimal 1/2 Proz. preisverbilligend gewirkt hat, läßt sich schwer feststellen. Sichtbar ist diese Ermäßigung nicht geworden. Der Antrag der Regierungsparteien, die Umsatzsteuer zum 1. Oktober 1925 nur um 1/4 Proz. zu ermäßigen, läßt deshalb befürchten, daß diese geringfügige Ermäßigung noch weniger als die bisherigen Senkungen Einfluß auf die Preisgestaltung haben werde. Ein demokratischer Antrag, die Umsatzsteuer um 1/2 Proz. zu ermäßigen, fand jedoch keine Mehrheit.

Unter diesen Umständen hat die sozialdemokratische Fraktion davon Abstand genommen, ihrerseits eine Ermäßigung des Satzes der Umsatzsteuer vorzuschlagen. Das Interesse der großen Masse der Bevölkerung, die schwer unter der drückenden Last der Umsatzsteuer leidet, verlangt, daß der Berg der Steuern auf einen Teil der Umsatzsteuer nicht den Unternehmern, sondern den Verbrauchern zugute kommt. Es wurde deshalb der Antrag gestellt, die Umsatzsteuer auf Lebensmittel überhaupt aufzuheben. Hier liegt neben der Möglichkeit auch die Wahrscheinlichkeit vor, daß das auf die Preisgestaltung wirken wird. Für diese Forderung haben sich bisher auch die Agrarier sehr stark eingesetzt. Ebenso haben die christlichen Gewerkschaften sie bisher gefordert. Gerade gegenwärtig aber ist diese Forderung besonders berechtigt. Der Zoll auf Lebensmittel droht eine gewaltige Preissteigerung hervorzurufen. Der Abbau der Umsatzsteuer bei Lebensmitteln wäre also ein starkes Gegengewicht. Der Reichswirtschaftsrat hat festgestellt, daß zum Beispiel Fleisch mit 12 1/2 Prozent Umsatzsteuer belastet ist. Ähnlich ist es bei allen anderen Lebensmitteln. Trotzdem ist die Umsatzsteuerfreiheit für Lebensmittel gegen die Stimmen der Linken abgelehnt worden.

Es droht sogar die Gefahr, daß die Umsatzsteuer auf einige lebensnotwendige Bedürfnisse neu eingeführt wird. Die kapitalistischen Gruppen in den bürgerlichen Parteien haben die Absicht noch nicht aufgegeben, den Bezug von Wasser, Gas und Elektrizität mit der Umsatzsteuer neu zu belegen. Eine gewaltige unterirdische Arbeit hat eingeleitet, um das Zentrum für die Zustimmung zu einem solchen, das Lebensinteresse von vielen Millionen Menschen bedrohenden Plan zu gewinnen. Für eine Rechtsregierung ist eben selbst der Verbrauch von Wasser ein geeigneteres Steuerobjekt als große Vermögen oder Erbschaften.

Seit langem wenden sich die Handelsvertreter und die freien Berufe gegen die ungerechtfertigte Belastung mit der Umsatzsteuer. Den Handelsvertretern aber erging es wie den Sparern. Ihre früheren Bundesgenossen, die Deutschnationalen, sind jetzt ihre schärfsten Gegner. Bei ihnen müssen sie den Dank abwarten, daß sie nach wie vor die Umsatzsteuer zahlen müssen. Etwas besser ist es den Gelehrten, Künstlern und Schriftstellern ergangen. Ein sozialdemokratischer Antrag sichert ihnen vom 1. Januar 1925 ab die Steuerfreiheit von der Umsatzsteuer, wenn ihr vierteljährlicher Umsatz nicht mehr als 1500 Mk. beträgt.

Das Schwein.

Von A. Perez.

Sie schmeigte ihren schmalen Leib mit lössiger Grazie in die samtigen Kissen des Sofas.

Durch die schweren kostbaren Vorhänge drang ein blauer Streif Sonne. Fiel in die großen traurigen dunkelblauen Augen, auf die schmalen wehmütigen Lippen ihres hübschen Gesichts. . . .

Wie hatte sie es schwer. . . . Wieviel Schmerz. . . . Wieviel Enttäuschung!

Ihr Herz sehnte sich nach Liebe. . . . Ihre Seele schmachtete auf der Suche nach einem Ideal. . . . Aber er — schenkt ihr Brillanten, kauft ihr ein Palais. . . .

Und spricht nur von Geld. . . . oder von Abschlüssen. . . .

So lebt sie, unmoerstanden, fremd ihrem Mann, fremd ihren Freunden.

Und ihr armes Herz vergeht vor Gram und Einsamkeit, gepreßt wie von einer ungeheuren Last.

Verweht wie ein leichter Flaum in diese starre kalte Welt des Goldes und der Brillanten, sehnt es sich weit. . . . weit weg. . . . in ferne Höhen. . . .

Sie richtet sich ein wenig auf, ihre zarten Finger drücken mechanisch die elektrische Klingel am Kopfsende.

„Eine Tasse Kaffee!“ befehlt sie.

Das Mädchen zieht sich schweigend zurück und kehrt bald wieder, eine chinesische Tasse auf silbernen Tablett in den Händen.

Der starke Duft des Kaffees mischt sich mit dem heraufschwebenden Geruch blühender Hyazinthen, die im Salon in vergoldeten Schalen stehen.

Pfäfflich ertönt ein leiser Klang von zerbrechendem Porzellan.

Das Mädchen war mit ihrem Abgang an der Worte des Perser-teppichs, der durchs ganze Zimmer ging, hängen geblieben und war gefallen.

Die junge Frau sprang wütend auf, und ihre feinen leidenden Lippen zitterten:

„Schwein!“ (Aus dem Russischen von Hans L. Brinn.)

Hundert Jahre Photographie.

Die französische Akademie ist im Begriff, die Hundertjahrfeier der Erfindung der Photographie zu begehen, ohne doch recht zu wissen, für won sie den Jubelsummus annehmen soll. An erster Stelle unter den Präzendenten steht unzweifelhaft der Seiltänzer, Theaterdekorateur, Schaubühnenbesitzer und Erfinder der Dunkelkammer Daguerre, noch dem man bekanntlich die ältesten Photographien „Daguerrotypen“ nennt. Daguerre hat Jahre hindurch mit leidenschaftlichem Eifer daran gearbeitet, eine Methode zu finden, um das in der Dunkelkammer gewonnene Bild zu fixieren. Er wandte unentnützlich seine gesamten Ersparnisse an diese Versuche,

die für damalige Zeiten derart abwegig ammuteten, daß seine Frau ersichtlich mit seinen Freunden darüber beriet, ob man ihn nicht in ein Irrenhaus bringen müsse.

Es erscheint trotzdem sehr fraglich, ob Daguerre — bei all seinem Eifer doch ohne jede wissenschaftliche und sachliche Vorbildung — ans Ziel gelangt wäre. Nun beschäftigte sich um dieselbe Zeit in Chalons der junge Professor Niepce mit demselben Problem. Niepce entflammte einer alten Erfindungsidee und hatte schon früher wertvolle Erfindungen in der lithographischen Technik gemacht, als es ihm ganz zufällig gelang, ein Bild, das durch verschiedene Chemikalien durchsichtig gemacht worden war, durch Einwirkung der Sonnenstrahlen auf der Platte festzuhalten. Auch hatte er schon, wie Daguerre, das Prinzip der Dunkelkammer, d. h. der Camera obscura gefunden und die erwähnte Entdeckung brachte ihn sofort auf den Gedanken, die beiden Vorgänge zu kombinieren. Aber er brauchte noch sechs Jahre, ehe er die richtige chemische Zusammenstellung für die photographische Platte gefunden hatte. 1825 zeigte er einem kleinen Kreise von Freunden und Bekannten die erste Photographie, die das Licht der Welt erblickt hat. Doch konnte er vorerst nur leiblose Dinge photographieren, da seine Platten noch eine Belichtungsdauer von 12 bis 16 Stunden beanspruchten.

Zu dieser Zeit suchte und fand Daguerre Verbindung mit Niepce, von dessen Versuchen er gehört hatte und die beiden Erfinder arbeiteten von jetzt an gemeinsam an der Vervollständigung ihrer Methoden und erreichten es auch bald, in der Zeit von wenigen Minuten — an Momentaufnahmen war noch nicht zu denken — lebende Objekte auf die Platte zu bannen. Als in Paris in der Panoramapassage die erste Photographie — es war das Bild eines Bettlers — öffentlich ausgestellt wurde, bedeutete dieses Ereignis eine wahre Sensation und veranlaßte eine derartige Menschenmenge vor dem Schaufenster, daß der Verkehr dadurch gesperrt wurde und das Bild entfernt werden mußte. Die Sitzung der französischen Akademie vom 19. August 1839, in der der berühmte Naturforscher Arago der Versammlung den ersten photographischen Apparat vorführte, war eine Weltfestung.

Niepce erlebte den riesigen Erfolg seiner Arbeiten nicht mehr. Er war schon 1828 gestorben und Daguerre erntete den Ruhm der Erfindung. Seinen Namen wird wahrscheinlich auch die französische Akademie in den Mittelpunkt der bevorstehenden Jubiläumveranstaltungen stellen.

Das Architekturmuseum an der Technischen Hochschule verankert zurzeit, gemäß seinem Programm, auch ältere Kunst berücksichtigen zu wollen, eine Ausstellung von Architekturzeichnungen von Ludwig Persius, die durch Aquarelle von Karl Georg Graeb illustriert werden. Da mit der Persönlichkeit von Persius meist nur wenige Bauwerke in Verbindung gebracht werden, so hat die Museumsleitung es sich zur Aufgabe gestellt, die Individualität dieses am engsten mit Schinkel verbundenen Berliner Architekten genauer zu umreißen, zu welchem Zwecke auch das Material aus Privatbesitz herangezogen worden ist. Die Ausstellung ist vom 12. Juli bis 30. August wochentags täglich, ausgenommen Sonnabends, von 11—2 Uhr zugänglich.

Gesamtvorstellungen der Woche. Mont. Goethehäusle: „Morgenmähle.“ Dienst. Oper am Königsplatz: „Polenblut.“

Die kommende Juntwoche ist arm an „Sensationen“. Allenfalls ragt in dem Hundstagsprogramm der Montag noch besonders hervor: Wilhelm Dieterle erzählt „ganz unglaubliche Geschichten von Rubezahl und Münchhausen und anderen tollen Gesellen“. Mit Bach, Mozart und Beethoven wird am Dienstag der Zeltus „Das deutsche Lied“ fortgesetzt, und am Mittwoch und Freitag spielt wieder das Roth-Quartett. Am Freitag ist auch ein Vortrag von Oberregierungsrat Dr. Breger über die Arbeit des Völkerbundes auf dem Gebiete der Gesundheitspflege zu hören.

Die neue Spielzeit des Mitteldeutschen Landestheaters (verschmolzen mit dem Städtetheater Weissenfels) wird am 15. September eröffnet. Die Direktion hat wiederum Kräfte von ersten Theatern verpflichtet. Der Spielplan bringt u. a. folgende Werke: „Lorquato Lasso“, „Donna Diana“ von Moreto, „Miß Sara Sampson“ von Lessing, „Medea“ von Grillparzer, „Eiga“ von Hauptmann, „Rausch“ von Strindberg, „Therese Raquin“ von Zola, „Wie mans macht, ist's richtig“ von Eulenberg und „Erziehung durch Kolibri“ von Rehfisch. Daneben sollen künstlerische Morgenfeiern durchgeführt werden. Die Vervollständigung des technischen Apparates macht dem Theater jetzt Aufführungen auch auf der ungunstigsten Bühne im entlegensten Orte möglich.

Der amerikanische Affenprozeß. Bei der Eröffnung des Affenprozesses waren sämtliche führenden Projektteilnehmer anwesend. Hunderte von Reportern bestimmten den Anlagewertreiter, den bekannten Politiker Bryan mit Fragen, als er den Gerichtssaal betrat. Bryan erwiderte: „Es kann mir nicht zweifelhaft sein, wohin die Entscheidung des Gerichts und des Volkes bei der Frage „Gorilla oder Gott“ fällt.“ Die Anti-Evolutionisten errichteten in Dagenou ein großes Hauptquartier. Gegenüber dem Gerichtshof hat die christliche Frauensekte ein ganzes Haus bezogen, aus dem dauernd Choräle ertönen. Die Kinos zeigen das Leben Christi im Film nach Art der Oberammergauer Vorstellung. Ganz Amerika verfolgt mit Spannung den Prozeß, der ganze Seiten der Zeitungen einnimmt.

Generalmusikdirektor Otto Klemperer wird im nächsten Winter eine Reihe von Konzerten mit dem Berliner Sinfonieorchester leiten. Vor Beschnitten finden zwei dieser Sinfoniekonzerte statt, in deren erster als Hauptwerk die 9. Sinfonie von Mahler, in deren zweiter die 5. Sinfonie von Beethoven gespielt werden wird.

Das Projekt eines „Arbeitspalastes“. Ein Student des Polytechnikums in Wien namens Gordan hat den Plan zur Erbauung eines großen Gebäudekomplexes entworfen, der unter dem Namen „Arbeitspalast“ als Klub- und Verammlungsbau für Arbeiter dienen soll. Der Architekt will in seinem Bauwerk die einzelnen Entwicklungsstadien des Kapitalismus und dessen Ueberwindung durch das Proletariat zum Ausdruck bringen.

Die Gründung einer jüdischen Galerie in Stuttgart. Eine Gemäldegalerie, die die Entwicklung der Stuttgarter Akademie und ihrer künstlerischen Kräfte in echter Linie veranschaulichen soll, ist jetzt in Stuttgart geschaffen worden. Den Grundstock der Sammlung bilden etwa 70 Gemälde der beiden tüchtigsten schwäbischen Maler Kleiniger und Pleier, die von dem Marchese della Valle di Casanova der Stadt gestiftet wurden.

Die Erhebung Nordostpreussens. Die wirtschaftliche Erschließung der Nordgebiete von Ostpreußen wird durch ein Gesetz in die Wege geleitet, das drei Kommissare ernannt, um die krophischen Gegenden über dem 50. Breitengrad zu verwalten und wirtschaftlich zu erschließen.

Von links nach rechts.

Eine neue Epistel Sinowjews.

Schon wieder mal! Zwei engbedruckte Seiten der „Roten Fahne“ füllt Sinowjews neuer Brief an seine Getreuen in der KPD. Bis man ihn zu Ende verdaut hat, wird der nächste wahrscheinlich schon angeklündigt werden. Die Weisheiten der Moskauer Exekutive wollen selber keine Ewigkeitswerte darstellen. Sie wechseln wie Wind und Wetter. Der Kurs der Moskauer Aktien steigt und fällt mit den Devisenkursen an den Börsen der europäischen Hauptstädte. Jedes Jahr beschert uns mindestens dreimal eine „neue“ Taktik. Die Taktik, die jetzt Sinowjew empfiehlt, ist von der KPD, nach heftigen inneren Auseinandersetzungen nach der Hindenburg-Wahl beschlossen. Sinowjew gibt hier heute seinen feierlichen Segen.

Dass man die Moskauer Exekutive ernst nehmen könnte, werden die Herrschaften danach selber nicht verlangen. Sie torkeln hin und her, sie fallen von einem Extrem ins andere. Heute ist die neueste Einsicht die, daß die Revolution vorläufig erledigt ist. Ein paar Hintertürchen werden offen gelassen, aber in der Hauptsache heißt es: Schluss mit dem Revolutionswahn! Ran an die Massen, ran an die Sozialdemokraten!

Das ist der größte Schmerz! Die Lebensfähigkeit der deutschen Sozialdemokratie. Spaltenlang zerbricht sich Sinowjew darüber den Kopf, wieso es kommen kann, daß diese verdammten Sozialdemokraten immer noch am Leben sind. Er hat tausend Gründe dafür, Schlechtigkeit der Mitwelt und die eigenen Fehler. Er stellt als wichtigste Vorbedingung für eine wichtige Erkenntnis der augenblicklichen Situation folgende vier Tatsachen in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen:

1. Es ist durch Tatsachen bewiesen, daß eine unmittelbare revolutionäre Lage in Deutschland nicht vorhanden ist, daß uns eine lange Periode der Vorbereitung bevorsteht.
2. Es ist durch Tatsachen bewiesen, daß in Deutschland eine ernste monarchistische Gefahr besteht, daß ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter, wenn wir eine richtige Taktik einschlagen, ein Stück Weges Schulter an Schulter mit uns marschieren werden.
3. Es ist durch Tatsachen bewiesen, daß trotz des Verrats der sozialdemokratischen Führer, trotz Barmat usw. die Mehrheit der deutschen Arbeiter noch immer mit der sozialdemokratischen Partei zusammengeht, bei den Wahlen für sie stimmt usw.
4. Es ist durch Tatsachen bewiesen, daß unsere Partei (KPD) unter dem Einfluß einer Reihe von Umständen ernste Fehler, besonders in der Gewerkschaftsfrage, gemacht hat. Die Gewerkschaftsfrage aber ist die wichtigste Frage, sie ist die Frage, die im Mittelpunkt der Beziehungen zwischen der Partei und den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern steht. Ein Fehler in dieser Frage führt unvermeidlich zu einer falschen Art der ganzen Organisation unter den Massen.

Im Oktober 1923 war es Sinowjew, der das Feuer führte, der alle Mahnungen der gemäßigteren Elemente in der KPD in den Wind schlug. Er erzeugte den Fieberzustand eines verrückten Putschismus, der zu den Hamburger Opfern führte. Heute schreibt Sinowjew darüber erheblich anders.

Die KPD hat die rechten Abweichungen besiegt. Aber man muß offen sagen: der Organismus der Partei ist noch von einer anderen Krankheit — den ultra-linken Abweichungen — stark heimgesucht worden.

Die kommunistische Partei Deutschlands hat sich eine Zeitlang in einem ultra-linken Fieberzustand befunden.

Es ist die Aufgabe des 10. Parteitages, die Partei endgültig von diesem Fieberzustand zu befreien, ihr die endgültige Gesundheit zu bringen. Die Partei muß die besten revolutionären Traditionen des Spartakismus wie ihren Augapfel hüten, aber gleichzeitig die Fehler Rosa Luxemburgs kritisieren.

In unserem Brief an den Frankfurter Parteitag haben wir ganz offen von den

ungeheuerlichen Verfälschungen des Kommunismus gesprochen, die sich schon damals die Genossen Rosenbergs, Scholem u. a. zuschulden kommen ließen.

Leider haben sich unsere Befürchtungen in dieser Beziehung vollkommen bewahrheitet. Jede proletarische Partei hat bisher die Mißachtung der Theorie teuer bezahlen müssen. Die KPD hatte jedoch eine Zeitlang fast ihre gesamte Presse Leuten in die Hände gegeben, die mit Bolschewismus nichts zu tun hatten (Korsch, Koll usw.). Die Partei kann und muß alle ihre Mitglieder ausrufen, aber auf keinen Fall an Stellen, wo Leute solchen Schlags den Versuch machen, die Partei zu belehren, sondern Stellen, wo sie selbst ernsthaft etwas lernen können!

Also Werner Scholem und Artur Rosenberg sind Trottel und werden abgesetzt. Nur Ruth Fischer bleibt. Da im gleichen Atemzug der Brandlerismus noch einmal feierlich versucht wird, kann man gespannt sein, auf wen sich die nach Sinowjews Anweisung neu zu wählende Zentrale stützen wird. Nur eins ist jetzt schon sicher, der Fieberzustand bei der KPD wird nicht aufhören. Ein Thermometer haben die Kozh und Kemmels, Ruth Fischer und Walter Stöcker immer nötig! Der Arzt ist der einzige, der über die Fragen der kommunistischen Entwicklung sachverständig urteilen könnte.

Leider kann man von Fieberkranken nicht erwarten, daß sie aufhören, normale Mitmenschen mit ihren Phantasien zu belästigen. Die KPD wird noch manches Buch mit Theorien über die Lebensfähigkeit der deutschen Sozialdemokratie füllen! Denn die Sozialdemokratie wird sich vom kommunistischen Fieber nicht anstecken lassen.

Eine Polar-Ente.

Die „B. Z. am Mittag“ verbreitet unter großer Aufmachung folgende Nachricht:

Finanziell ist der Bau des Nordpol-Zepplins schon so gut wie gesichert. An der Finanzierung werden sich wohl vor allem die deutschen Arbeiter beteiligen. Die sozialistischen, die christlichen und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften planen, einen Beitrag von 30 Pf. etwa von jedem ihrer eingetragenen Mitglieder zu erheben, die Endsumme davon wird eine sehr stattliche Ziffer ergeben.

Es ist beinahe überflüssig, zu sagen, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort ist. Die Unternehmer Deutschlands sorgen schon dafür, daß die Gewerkschaften ihre finanziellen Mittel ausschließlich zu Wirtschaftskämpfen, statt zu Kulturaufgaben rein idealer Natur verwenden müssen.

Die Neuerungen Tschischewins über den Garantiepakt und den Völkerbund, die vor einigen Tagen im „Zeit Pariser“ erschienen, sind nach Mitteilungen aus sowjetrussischen Kreisen, die der „Ostprek“ wiedergibt, als ein von Frankreich ausgegangener Versuch aufzufassen, festzustellen, ob im Hinblick auf Deutschland Rußland an den europäischen Sicherheitsverhandlungen sich beteiligen werde.

Der bedrohte Grunewald.

In den Jahren 1911 bis 1913 hat sich die Deffentlichkeit auf das lebhafteste mit den Grundwasserhältnissen im Grunewald beschäftigt. Damals sanken die Spiegel der Seen im Grunewald stark ab und es schien, als ob sich besonders der Schlachtensee für immer in einen häßlichen Morast verwandeln würde. Ueber die Ursachen dieser Erscheinungen und die Mittel zur Abhilfe wurden damals die verschiedensten Ansichten aufgestellt und verfochten. Auch wurden Besürchtungen laut, es könnte durch den Betrieb der Wasserwerke der ganze Grunewald verunwässert werden.

Um den Schlachtensee zu erhalten, wurden dann auf Veranlassung des preußischen Landwirtschaftsministers die Charlottenburger Wasserwerke A.-G. im Jahre 1913 verpflichtet, von ihrem Wasserwerk Beilingshof her soviel Havelwasser in den Schlachtensee überzupumpen, daß sein Spiegel die Höhe von NN + 31,60 Meter erreichte und dauernd beibehielt. Es zeigte sich, daß hierzu eine Wassermenge von etwa 2 Millionen Kubikmeter jährlich erforderlich ist. Da das Zuführungsrohr unter dem Wasserpiegel des Sees mündet, so merkt der Spaziergänger nichts davon, wie große Mengen Havelwasser ständig in den Schlachtensee einströmen. Nur ein kleiner Teil des in den See geleiteten Wassers geht durch die Verdunstung in die Luft; weitaus das meiste Wasser dringt in den Untergrund ein und fließt langsam, aber stetig im Grundwasser weiter, bis es schließlich die Brunnen des Wasserwerks erreicht. Auch in die

Morgen, Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr:

Jugendfest

der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Groß-Berlin im Schillerpark am Wedding.

Jugendfester / Gemeinsame Spiele / Randgebäude für Jugendklub / Jodelklub / Zeilenschmuckkarte 30 Pf. Kinder frei.

Krumme Danke hat man in den Jahren 1913 bis 1915 etwas Havelwasser übergepumpt. Seitdem hält sie sich von selbst ungefähr auf der Höhe von NN + 31,60 Meter.

Im Jahre 1914 sind auf Veranlassung des „Schulverbandes für die Grunewaldseen“ eine größere Anzahl von Rohren zur Beobachtung des Grundwasserstandes im Grunewaldsee niedergebracht worden. Die Landesanstalt für Gewässerkunde im preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat hier eine Reihe von Jahren hindurch die Wasserstände regelmäßig messen lassen, und die Hauptergebnisse dieser Untersuchungen jetzt veröffentlicht. Es geht daraus unter anderem hervor, daß der Grundwasserpiegel im Grunewald, abgesehen von den wenig ausgedehnten Niederungsflächen, durchweg schon früher so tief unter der Geländeoberfläche lag, daß er für die Wurzeln der Bäume nicht erreichbar war. Es macht daher im größten Teile des Waldes für den Baumwuchs nichts aus, wenn der Grundwasserpiegel durch den Wasserwerksbetrieb weiter absinkt. Das Absterben der alten Riesen, das sich im Grunewald soviel bemerkbar gemacht hat, ist auf andere Ursachen zurückzuführen.

Verunglückte Spekulationen.

Man schreibt uns: Der Großpapstogen geht auch nicht mehr. Er, wie hatte die Direktion des Lunaparks sich das so schön gedacht. Inmitten Reichshagen, Korussell und Marschfreierbuden der Feldmarschall-Reichspräsident bunt und pyrotechnisch aufgemacht. Da sollte die Träne der Jungfrau elegisch über die Baden rollen und Herr Nikside mit dem schwarzweißen Schnupstuch die Besoffenen inszenieren. Ein unbezahlter Knaqueur, denn selbst der Patriot arbeitet manchmal umsonst. Sie hatten sich selber ein wenig verpekelt. Man sah weder die schlagenden und geschlagenen Studentenverbindungen mit der gestirnten Mensurhose, noch die kleinstädtisch-empfindlichen Hinterwäldler mit dem sozialen „Es-ist-erreicht-Bart“. Selbst die Rentnerin mit der patriotischen Leberernährung ist nicht gekommen. Sie scheint umgelernt zu haben und hat wohl von dem despektierten Aufwertungsbeitrag mehr als genug. In einem Höllensinn kam er aus den Raketen hervor, der pyrotechnische Hindenburg; vor ihm der Hohengrin mit einem bengalisch beleuchteten Schwanz. Das Resultat dieser geschäftsspekulationen Jeronomie, die sich im Dauertrachten von Raketen obwaldete, war mehr als beschämend. Von Beifall war wirklich nichts zu spüren und mit eifrigem Schweigen lehnte das Publikum ab. Die schwarz-weißrote Branche ist augenblicklich wohl nicht sehr populär. Man sollte es mal mit einer anderen Marke versuchen.

Seife für „Treudeutsche“!

Der neue Reichspräsident Hindenburg ist auf dem Wege, populär zu werden. Eine Seifenfabrik hat sich bereits seines Namens bemächtigt, um eine „Hindenburg-Seife“ in den Handel zu bringen. In einem Werbeschreiben an die Seifenhändler, das zum Bezug der Seife auffordert, liest man: „Wir bedauern uns hiermit, Ihnen mitzuteilen, daß wir von Sr. Erzellenz Herrn Generalfeldmarschall v. Hindenburg die Genehmigung zur Alleinfabrikation der Hindenburg-Seife erhalten haben.“ Das Schreiben ist mit dem Datum des 25. Juni 1925 abgefaßt worden, aber für die Seifenfirma ist Hindenburg merkwürdigerweise noch nicht Reichspräsident, sondern immer noch nur Generalfeldmarschall. Die Firma hat sich „mit treudeutschem Gruß“ unterzeichnet, da begreift man's, daß sie den Generalfeldmarschall des Kaiserreichs lieber betont als den Präsidenten der deutschen Republik. Sie rühmt an ihrer „Hindenburg-Seife“ nicht nur die Güte der Ware, sondern auch die „künstlerische Ausführung“, die sie „epochenachend“ nennt. Vergessen hat sie, auf einen Vorzug hinzuweisen, den die „treudeutschen“ Kreise besonders zu schätzen wissen werden. Die „Hindenburg-Seife“ soll sich auf dazu eignen, diejenigen weiß zu waschen, die das deutsche Volk durch den Krieg ins Unglück geführt haben. Die haben es nötig!

Taschendiebe an der Arbeit.

Während Scharen von Berlinern die Stadt verlassen, hat sie augenscheinlich wieder reichlich Zugang von internationalen Taschendieben gefunden. Diese machen besonders wieder die Verkehrsmittel unsicher. Auf der Straßenbahn scheinen sie es namentlich auf die Linien abgesehen zu haben, die den Alexanderplatz berühren. Auf der Linie 69 bühnte gestern ein alter Herr von L. seine dreifaselige Remontoiruhr ein. Die elterne Kriegstüte besaßen ihm die Diebe. Dagegen nahmen sie einen großen goldenen Siegelring, der am Karabiner hing, ebenfalls mit. In den Wappstein des Ringes ist das Familienwappen als Siegel eingeschnitten. Es ist auch möglich, daß der Ring beim Abstreifen der Uhr heruntergefallen und verloren gegangen war. Die gestohlene Uhr ist K. v. L. zugehört. — Auf der Untergrundbahn wurde dem Beirhing einer Berliner Firma ein Briefumschlag mit Wechseln im Gesamtbetrag von 3350 Mk. gestohlen. Vier Wechsel lauten auf je 250 Mk. und sind akzeptiert von Schwarz u. Sohn in Steglitz, einer über 1400 Mk., ist ausgestellt von Dentwig und akzeptiert von der Firma Teco-Stettin. Der sechste lautet über 950 Mk. und ist ausgestellt von Th. Aders-Hamburg und akzeptiert von der Hanseatischen Motorrad-Baugesellschaft. Auf dem Briefumschlag, in dem die Diebe wohl eher Geldscheine als Wechsel vermutet hatten, ist die Aufschrift die „Befa“ in der Gneisenaustraße 74/79 angegeben. — Auf dem Autobus wurde ein Herr um 4500 Mk. bestohlen. Er hatte das Geld von dem Postfachamt in der Dorotheenstraße abgehoben und in einem gelben Briefumschlag in seine rechte Manteltasche gesteckt. Dann fuhr er von der Ecke Friedrichstraße — Unter den Linden aus mit dem Autobus 1 nach dem Westen, wo er eine Zahlung zu leisten hatte. An der Corneliusbrücke merkte er, daß der Umschlag mit dem Gelde aus seiner Tasche verschwunden war. Jetzt erinnerte er sich, daß neben ihm auf dem Omnibus ein

größerer und ein kleinerer Mann und eine „Dame“ von etwa 25 bis 28 Jahren gestanden und ganz unnötig gedrängt haben. Diese drei, die den Eindruck von Ausländern machten, hatten ihn bereits auf dem Postfachamt im Vorübergehen gestreift, ohne daß er sich dabei etwas gedacht hatte. Es sind ohne Zweifel die Diebe. Mitteilungen zur Klärung dieser Diebstähle an die Dienststelle B. I. 16 Kriminalkommissar Dr. Riemann im Zimmer 84 des Polizeipräsidiums.

Monatlich 9 Mark.

Protest der Kriegsbeschädigten gegen die Rentenpolitik.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen hatte fast gestern Abend eine große Versammlung nach der Schultheiß-Bayenhofer-Brauerei in der Hofenbeide einberufen. Der riesige Saal war stark überfüllt. Genosse Rohmann M. d. R. sprach über das Thema: „Der Reichstag und die dritte Novelle zum Reichsversorgungsgesetz“. Die mangelhafte Versorgung der Kriegsoffer überträgt in finanzieller Auswirkung zurzeit immer noch alle sozialen Aufgaben des Reiches. Bei Beendigung der Krieges zählte man in Deutschland 1.537.000 versorgungsberechtigte Kriegsteilnehmer und rund 600.000 Waisen. Infolge einer raffinierten Rentenpolitik hat sich die Zahl der Kriegsbeschädigten auf 721.000 und die der Witwen durch Wiederbeverehrung von 200.000 auf 336.000 ermäßigt. Hinzu treten Halbwaisen (963.000), Volkswaisen (65.320), Elternlose usw. Von der Kriegsversorgung werden somit gegenwärtig insgesamt etwa noch 2.335.000 Personen erfaßt. Die Versorgung für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ist jedoch wie an Hand eines umfangreichen Tatsachenmaterials vom Redner festgestellt wurde, durchaus unzulänglich. Ein Kriegsbeschädigter erhielt vom Beginn des Krieges bis zu dessen Ende bei einer Erwerbsbeschränkung von 30 Proz. monatlich mindestens 28,50 M. Jetzt bezieht dieser Kriegsbeschädigte in Klasse A, wenn er ledig und gelernter Arbeiter ist, monatlich 9 M. und wenn er verheiratet ist, monatlich 13 M. So wurden viele Beispiele und Vergleiche minimaler Unterhaltungsansprüche, die im Vergleich zur Kaufkraft und im Verhältnis zu den früheren Bezügen, das ungünstigste Bild zeigen gegeben. Den stärksten Anstoß für Aufhebung der Renten hat die Deutschnationalen Fraktion, wie auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei gezeigt. Diese Parteien denken nicht im entferntesten daran, ihre Anträge auch zu verwirklichen. Das hat ihre Behandlung in allen Fällen unmissverständlich gezeigt. Für die peinliche Lage der beiden großen Regierungsparteien bekommt man erst Verständnis, wenn man die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz eingehender würdigt. Ihr Inhalt bleibt weit hinter den Anträgen der Regierungsparteien zurück. Der Redner ging dann in längerer Ausführungen auf die dritte Novelle ein und das schlagende Beweise der unzulänglichen Renten, Schwerbeschädigtenzulagen und Zuschüssen. Aus den Ausführungen ging hervor, daß die Regierung eine völlig unzulängliche Milderung einer bisherigen schweren Benachteiligung der Masse der Beschädigten auf Kosten der Schwer- und Schwerbeschädigten herbeiführen will. Die geschädigten Tendenzen der Novelle führen dazu, daß die Schwerbeschädigten und die Hinterbliebenen beider geplanten Rentenerhöhung fast völlig leer ausgehen. Große Protestrufe wurden laut, als der Redner auf die geradezu unerhörten Zulagen für die Offiziere, Verstämmelungszulagen und Widmungen für die Offizierswitwen einging. Die Novelle wird bei den Kriegsbeschädigten lebhaft Empörung hervorrufen. Denn sie läßt eine große Reihe berechtigter Forderungen völlig unbeachtet. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird den Entwurf einer klaren kritischen Prüfung unterziehen und den Regierungsparteien eine Entscheidung darüber nicht ersparen wie sie den Dank des Vaterlandes den Opfern des Krieges gegenüber aussagen. Minutenlang rief laut Beifall dankte für die guten Ausführungen des Redners, so daß in Anbetracht des überzeugenden Vortrages auf eine Diskussion verzichtet wurde. Eine Entschließung der Versammlung im Sinne des Redners gelangte an den Reichstag zur Absendung.

Ausstellung „Farbe und Raum“.

Am 18. Juli wird in der Städtischen Studienanstalt, Fürbringer Straße 33, eine vom Verband der Malereigesellen von Berlin und den Vororten E. B. veranstaltete Ausstellung eröffnet. In etwa 65 ausgemalten und bewohnbar eingerichteten Räumen, die in die Schulküche eingebaut wurden, wird die farbige Ausstellung von Wohn- und Geschäftsräumen jeder Art gezeigt. Die Ausstellung verpflichtet besonders anregend zu werden, da es nicht gilt, die Vorhaben der Besteller entsprechend zu wählen oder vorhandenem Mobiliar anzupassen, sondern, unbehindert durch solche Bindungen, zu zeigen, was ein künstlerisch bestimmtes Handwerk mit heutigen Farben zu bieten vermag. Der seit einigen Jahren allgemein gewordene Wunsch nach Farben in der täglichen Umgebung hat wohl hier und da zu Uebertreibungen und Verirrungen geführt, der gesunde Untergrund der Bewegung wird aber nicht mehr bestritten. Die Wiederbelebung der Farbe hat demgemäß reichere Fortschritte gemacht, als zunächst erwartet wurde, doch sind die besten unter den neueren Farben und weiteren Kreisen zu wenig bekannt. Die Ausstellung „Farbe und Raum“ will zur allgemeinen Verbreitung des Wissens um farbige Wirkungen beitragen.

Thüringen wird freundschaftlich. Während vor nicht allzu langer Zeit verschiedene Gemeindeverordnungen, namentlich der kleineren thüringischen Orte, öffentlich erklärten, daß ihnen an den Fremden durchaus nichts gelegen sei, wird jetzt wieder vielfach versucht, durch Verbesserung der Anlagen den Gästen den Aufenthalt unangenehm zu gestalten. So hat die Genossenschaft Deutscher Volkserholungsheime e. V. m. b. H., Berlin C. 2, Poststr. 10/11, mit Förderung der Gemeinde Eigersburg das dortige große Hotel „Herzog Ernst“, das einige Jahre östlich brach gelegen hat, soeben erworben und vergibt noch jetzt Pension ab 4,25 M. Auch Fremde werden zu mäßigen Preisen gastlich aufgenommen.

Einschreibebriefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika klagt darüber, daß Einschreibebriefe, die Geld, Gold- oder Silberfachen, Edelsteine, Schmuckfachen und andere kostbare Gegenstände enthalten, sehr oft in beschädigtem Zustand eingeht, so daß der Inhalt den Sendungen entfällt und Lose in den Briefbeuteln vorgefunden wird. Sie führt den Mißstand, der den Verlust solcher Gegenstände zur Folge haben kann, darauf zurück, daß zur Verpackung der Edelsteine und Schmuckfachen zu schwache Kästchen und im übrigen zu schwaches Papier verwendet wird, und daß die Sendungen schlecht verschmurt und verpackt werden. Auf die Notwendigkeit, solche Einschreibebriefe entsprechend der längeren Beförderungsdauer sorgfältig zu verpacken, und dafür starke Behältnisse zu verwenden, wird hiermit hingewiesen.

Das Haus-Historennen deutscher Film- und Bühnenarbeiter, das vom 5. auf den 12. Juli verlegt wurde, findet am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, unter allen Umständen statt.

Der sonnenschle Planet Hector, dessen Auffindung so schwierig ist, daß Kopernikus aus dem Stierbelager seinem Bedauern Ausdruck gab, daß er diesen Planeten nie habe zu Gesicht bekommen, wird jetzt allabendlich den Besuchern der Trepow-Sternwarte gezeigt. Auch der beststrahlende Abendstern, die Venus, sowie der mit Ringen umgebene Saturn findet das lebhafteste Interesse der Beobachter. Herrliche Naturdokumente werden in den Filmvorträgen vorgeführt: Am 11. Juli (Sonntag) 8 Uhr und am 12. (Montag) um 4, 6 und 8 Uhr „Luna“, ein Vulkanfilm, der uns in die sonnigen Gesteine Italiens führt. Am 14. (Dienstag) 8 Uhr „Einschreibebriefe nach den Vereinigten Staaten“ (Witz- und Drehbilder). Am 15. (Mittwoch) „Einschreibebriefe nach den Vereinigten Staaten“ (Witz- und Drehbilder). Am 18. (Sonntag) 8 Uhr „Mit Dr. Colin Ross um die Erde“, ein Film, der uns die Sitten und Gebräuche fernster Völker vor Augen führt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

24. Juli, Sonntag, Funktorenversammlung bei Fischer, Gauerstr. 23.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf der Bauarbeiter. Nahezu 25 000 Bauarbeiter im Streik.

Gemäß den Beschlüssen der Generalversammlung des Bau-gewerksbundes ist die Arbeit auf allen Bauten in Berlin ein-gestellt worden. Nur auf den Baustellen der Bauhütte wird entsprechend den getroffenen Vereinbarungen weiter gearbeitet. Ledig-lich auf der Baustelle des Bundeshauses des Buchdruckerverbandes verharret ein Teil der Belegschaft in passiver Resistenz. In-sgesamt befinden sich nach den vorläufigen Zählungen 20-25 000 Bauarbeiter in Berlin im Streik.

Der Zentralverband der Zimmerer hatte zunächst nur den partiellen Streik beschlossen, d. h. daß überall da gestreikt werden soll, wo die Forderungen nicht bewilligt werden. In-zwischen hat jedoch die Generalversammlung des Bau-gewerksbundes einen weitergehenden Beschluß gefaßt, als ursprünglich vor-geesehen war. Die Zimmerer werden am Dienstag zur Situation Stellung nehmen. Im übrigen führen die Zimmerer den Kampf gemeinsam mit dem Bau-gewerksbund und haben auf allen Bauten — mit Ausnahme der Bauten der Bauhütte — die Arbeit nieder-gelegt. Praktisch befinden sich also auch die Zimmerer im allgemeinen Streik.

Der Konflikt in den Gas- und Wasserwerken.

Verhandlungen nach passiver Resistenz.

Wie wir vorausgesehen, haben die Arbeiter der Städtischen Gaswerke heute morgen die Arbeit eingestellt, ohne die Werke zu verlassen. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Direktion und der Organisationsleitung haben sie aber die Arbeit wieder aufgenommen. Im Augenblick finden Verhandlungen statt zwischen der Organisation und der Direktion der Städtischen Gas- und Wasserwerke, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Ob es zu einer Beilegung des Konflikts kommen wird, ist noch nicht voraus-zusehen.

Zur Metallarbeiter-Wahl am Sonntag.

Wie uns von der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metall-arbeiterverbandes mitgeteilt wird, bestanden bisher Zweifel dar-über, ob die Mitglieder, die die 8-Uhr-Markte nicht geklebt haben, berechtigt sind, an der Abstimmung am Sonntag teilzu-nehmen. Um diese Zweifel zu beheben, ist der Hauptvorstand anlässlich der jüngsten Beiratsitzung vom Kollegen Jiska um eine authentische Auslegung ersucht worden. Diese geht nun dahin, daß die 8-Uhr-Markte zwar eine Pflichtmarke sei, die Unter-lassung des Klebens jedoch nicht das Abstimmungsrecht bei der Urwahl beraube. Somit sind auch die Mitglieder des DMB berechtigt, an der Abstimmung teilzunehmen, die die 8-Uhr-Markte noch nicht geklebt haben, sofern sie die übrigen statutarischen Bedingungen erfüllen.

Verlegenheiten und Verlogenheiten.

Unsere Veröffentlichung einiger Fragen, die die SPD. an ihre Betriebszellenobleute richtet, die die Herstellung von Kriegs-materiale, Giftgasen, Gasmasken und den Marsch nach Potsdam betreffen, hat die „Rote Fahne“ in einige Verlegenheit gebracht. Sie kann nicht gut leugnen, daß die SPD. die „Gewerkschaftsarbeit“ als Vorbereitung zu militärischen Un-ternehmungen benutzt und die Arbeiterklasse wieder in eine Nieder-lage hineinzuhängen möchte.

In ihrer Verlegenheit fällt sie in ihre altgewohnte Ver-logenheit zurück. Sie dichtet die imperialistische Politik Sowjetrußlands der Sozialistischen Arbeiterinternationale an und stellt es so hin, als seien die von den „reformistischen“ Metallarbeitern und Bergarbeitern vor Jahr und Tag beschlossenen Maßnahmen gegen einen Krieg uns „unbequem“. Wenn sie schließlich phantasiert von einer „Kriegsbekämpfung“ gegen Sowjetrußland, die vom „Vorwärts“ betrieben werde, so ist das ein so ausgelegter Witz, den schließlich kein Leser der „Roten Fahne“ glauben wird. Wir stellen also fest, daß die Gewerkschaftsarbeit der SPD. in der Zerstückelung der Organisationen, in der Unfähigkeit, selbst etwas zu leisten, und in der Vorbereitung von putschistischen Un-ternehmungen besteht.

Der ganze Schwindel.

Das Bolschewistenblatt, das noch vor einer Woche den Mund recht voll nahm gegenüber den „Bonzen“ des Metallarbeiterverbandes, ist merklich kleinlaut geworden, seitdem wir ihm auf die Finger geklopft haben. Im heutigen Morgenblatt wird jedoch in kondensierter Form der ganze Schwindel, den wir bereits miderlegt haben, nochmals aufgemischt.

Zunächst versucht man die Dinge so hinzustellen, als hätte die Ortsverwaltung Berlin des DMB. unberechtigtweise die Mitglieder, die die 8-Uhr-Markte nicht geklebt haben, ihres Wahlrechts berauben wollen und sei durch den Hauptvorstand zur Ordnung gerufen worden. Tatsächlich verhalten sich die Dinge umgekehrt. Erst auf eine Interpellation von Jiska ist die Auslegung des Hauptvorstandes ergangen. Es ist aber durchaus charakteristisch für die SPD., daß sie besonders auf diejenigen Mitglieder spezialisiert, die aus irgend welchen Gründen ihre Beitragspflicht nicht voll erfüllen haben.

Die „Rote Fahne“ hatte behauptet, daß die Jiska-Urlich Tausende „revolutionäre Kollegen“ ausgeschlossen hätten und also schuld seien an der Gründung der kommunistischen Union. Wir haben auf Grund der Listen der ausgeschlossenen Mitglieder fest-gestellt, daß seit fünf Jahren insgesamt noch keine 200 Mitglieder ausgeschlossen worden sind, und das darunter die erdrückende Mehrzahl ausgeschlossen wurde wegen Streikbruchs, un-

kollegialen Verhaltens, Unterschlagung usw. Wir haben weiter fest-gestellt, daß unter den wegen Unterschlagung ausgeschlossenen Mit-gliedern sich eine ganze Anzahl von Mitgliedern der SPD. befindet. Wir waren bereit, auf Wunsch die Namen dieser wegen Unterschlagung von Arbeitergeldern ausgeschlossenen Kapedisten zu veröffentlichen. Begreiflicherweise ist dieser Wunsch nicht aus-gesprochen worden. Richtigerweise wiederholt die „Rote Fahne“ den Schwindel, daß die Jiska-Urlich durch ihre Ausschluß-kampagne an dem Entstehen der kommunistischen Sonderorganisation schuld sei.

Sie wiederholt auch den Schwindel, daß die Jiska-Urlich die Wiederaufnahme der „revolutionären Metallarbeiter“ abgelehnt hätten. Wir haben schon nachgewiesen, daß alle Anträge von Mitgliedern der Metallunion stattgegeben worden sind und daß der kürzlich gestellte Antrag einer Versammlung in Tempelhof auf korporativen Uebertritt sogleichgemäß an den Hauptvorstand weitergeleitet wurde.

Was die Einstellungsperre von vier Wochen der Fach-arbeiter durch den DMB. betrifft, so verhalten sich die Dinge ein-

Mitglieder des D.M.V.! Morgen ist Wahl von 10-2 Uhr. Zu wählen ist die Liste A d. gewerkschaftlichen Wiederaufbauarbeit.

fach so, daß der DMB. als Vergeltungsmaßnahme gegen den Streik bei Tenner beschlossen hat, vom Arbeitsnachweis keine Fach-arbeiter einzustellen, die weniger als vier Wochen außer Arbeit sind. Die Ortsverwaltung des DMB. hat dagegen Einspruch erhoben. Sie hat wiederholt in dieser Frage verhandelt und den DMB. nicht im Zweifel gelassen über die Konsequenzen, die ein derartiges Verhalten nach sich ziehen kann. Auch in diesem wie in den anderen Punkten sind die Behauptungen der „Roten Fahne“ glatter Schwindel. Er wird sie gewiß nicht morgen vor der verdienten Niederlage retten.

Gegen die Anteilnahme der Arbeiterschaft. Wächinger und der Betriebsrat.

Die Firma Wächinger beschäftigt rund 3000 Arbeitnehmer. In anderen Betrieben mit einer so großen Belegschaft wird dem Betriebsratsvorsitzenden Freizeit zur Erledigung seiner Amts-geschäfte gewährt. Aber bei der Firma Wächinger ist davon keine Rede. Alle seine Obliegenheiten hat der Betriebsrat außerhalb der Arbeitszeit zu erledigen. Alles, was die Firma dem Betriebsrat gewährt, ist ein Bureauzimmer in den Geschäftsräumen im Wein-haus Rheingold, das der als Kontorist in der Zentrale in der Sophienstraße täglich von morgens 6 bis nachmittags 3 1/2 Uhr be-schäftigte Betriebsratsvorsitzende Mittwoch und Sonnabends von 6 Uhr nachmittags an zur Abhaltung von Sprechstunden benutzen darf. Den Schlüssel zu diesem Zimmer hat der Direktor in Ver-wahrung. Wenn dieser, was öfter vorkommt, in dem großen, viel-räumigen Hause nicht aufzufinden ist, dann steht der Betriebsrats-vorsitzende vor der verschlossenen Tür und kann sich samt denen, die ihn sprechen wollen, irgendwo anders eine Unterkunft suchen.

In dem erwähnten Zimmer befindet sich auch eine Schreib-maschine, aber der Betriebsratsvorsitzende darf sie nicht benutzen. Seine schriftlichen Arbeiten muß er handschriftlich anfertigen, wenn er nicht Gelegenheit findet, sie im Bureau seiner Gewerkschaft auf der Schreibmaschine herzustellen. Das benötigte Schreibmaterial wird von der Firma wieder gestellt, nach werden dessen Kosten er-stattet.

Seit einem halben Jahr bemüht sich der Betriebsrat, durch Ver-handlungen mit der Firma Freiheit gewährt zu erhalten. Er hat aber nichts erreicht. Dann beantragte er beim Gewerbegericht, es möge beschließen, daß der Betriebsratsvorsitzende von der Arbeit freigestellt werde.

Das Gericht hat diesem Antrag nur teilweise entsprochen. Es beschloß: Der Vorsitzende des Betriebsrats der Firma Wächinger ist Mittwoch und Sonnabends von 10 Uhr vormittags an von der Arbeit freizustellen. Für diese Zeit ist ihm ein Betriebsratsbureau und eine Schreibmaschine zur Verfügung zu stellen.

Ganz abgesehen davon, daß bei einem so ausgedehnten Betrieb und einem so zahlreichen Personal die völlige Freistellung des Vor-sitzenden des Betriebsrats unbedingt erforderlich ist — finanziell fällt sie gar nicht ins Gewicht — ist die schikanöse Haltung der Firma kennzeichnend für den Geist, der vielfach die Unternehmer beherrscht. Sie klagen Stein und Bein über das mangelnde Interesse der Arbeiterschaft an der Wirtschaftlichkeit des Betriebes, verüben aber keine Gelegenheit, um den Arbeitern jedes Interesse zu verfehlen. Und dieses reaktionäre Spielertum mißt in Wirtschaft und Politik führen!

Unternehmeroffensive im Textilgewerbe.

Greiz (Vogtland), 11. Juli. (W.T.B.) Die 25 streikenden Stuhl-meister von 5 Gerat Firmen sind auch heute noch nicht zur Arbeit zurückgekehrt. Die Folge ist, daß heute mit Arbeitsstillstand von der Ortsgruppe Gerat des Verbandes der sächsisch-thüringischen Webereien 4000 Weber und Weberinnen ausgeperrt werden. Für Mittwoch nächster Woche droht der Verband sächsisch-thüringischer Webereien (Stich Greiz) die Gesamtausperrung im ganzen Verbandsgebiet an, die fast 30 000 Arbeiter treffen wird. (Wegen 25 streikender Arbeiter!)

Gespannte Situation im englischen Bergbau.

London, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe des Frei-tags fanden bedeutende Verhandlungen zur Entspannung der kri-tischen Lage im englischen Bergbau statt. Die vorhandenen Schwierig-keiten konnten einer Lösung jedoch nicht nähergebracht werden, da

sch die Führer der Bergarbeiter weigern, in Verhandlungen mit dem Unternehmern einzutreten, solange diese ihre Forderungen nicht nachgeben. Am Vormittag fand eine Besprechung zwischen den Berg-arbeiterführern und dem Regierungshandlender Kimmer Bridgeman statt, am Nachmittag beriet der Generalrat der britischen Ge-werkschaften in vierstündiger Sitzung zusammen mit den Berg-arbeitern die Lage. Es handelte sich um eine Verständigung über das Ausmaß der Unterstützung, die die Bergarbeiter von der gesamten Arbeiterbewegung für den Fall des Kampfes erwarten.

Die Belegschaft der Armaturenfabrik Weichbrodt u. Friedrich, Neukölln, Rotzbufer Damm 75, sieht wegen Ablehnung einer Lohn-forderung im Streik. Die Firma versucht, ihre Arbeit in an-deren Betrieben fertigstellen zu lassen. Es handelt sich um Gas-, Wasser- und Dampfarmaturen. Wir ersuchen alle Kol-legen, streng darauf zu achten, daß nicht Arbeiten genannter Firma innerhalb ihrer Betriebe angefertigt werden. Vor allen Dingen kommen Metalldreher- und Metallschleiferarbeiten in Frage, und ersuchen wir in Zweifelsfällen bei der Ortsverwaltung anzufragen.
DMB., Ortsverwaltung Berlin.

Zur Delegation der Beamtenvertreter bei der Reichsregierung wird uns mitgeteilt, daß auch die Vertreter der Behördenangestellten daran teilgenommen haben.

Theater der Woche.

Vom 12. Juli bis 20. Juli 1925.

Kollwitz: Die deutschen Kleinfäden. — Opernhaus: Geflossen. — Stadt-Oper: 12., 13., 14., 17. u. 20. Juli: Stern von Afrika; 14., 15., 17. u. 18. Juli: Volenslut. — Schauspielhaus: Kreuzfeuer. — Schiller-Theater: Annemarie. — Dr. Weissner: 1. Theater des Wehrmanns; 14. — Renkauer-Theater: Die Hirschstomödie. — Die Leichen: bis 12. Juli. — Die Leichen: ab Montag, 13. Juli, geschlossen. — Deutsches Schauspielhaus: Die Leichen. — Komödienhaus: Der letzte Akt. — Berliner Theater: Annemarie von Deffau. — Trianon-Theater: Die Tugendbrüder. — Theater in der Kommandantenstr.: 12.-13. Juli: Durch den Rundfunk; ab 14.-21. Juli geschlossen. — Komische Oper: Gut hat die Welt noch nicht gesehen. — Lustspielhaus: Geflossen. — Metropol-Theater: Tausend lila Beiden. — Operettenhaus am Schiffbauerdamm: Der kleine Kasper (Le chien qui rapporte). — Theater am Parkstr.-bammer: Madame Xantus. — Kleines Theater: Rosen. — Berliner-Theater: Ge-schlossen. — Gorchhe-Bühne: Rattenmühle. — Koffe-Theater: Die verlogene Nacht. — Gartenbühne: 13.-14. Juli: Rund um die Perle; 15.-20. Juli: Der Soldat der Marie. — Schiller-Theater: Die Leichen. — Theater im Admiralspalast: Chocolat Ribbick.

Berichterstatter für Politik: Victor Schill; Wirtschaft: Arthur Seitzhaus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktionen: Dr. John Schilowski; Soziales und Konflikte: Fritz Karst; Angelegenheiten: sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 1.

Gewinn-Ansatz

4. Klasse 25. Preussisch-Sächsische Klassen-Lotterie

1. Ziehungstag 10. Juli 1925
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Waf jede gezogene Nummer und zwei gleich hohe Ge-winne gezogen, und zwar je einer auf die Seite gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M gezogen

2 Gewinne zu 50000 M.	89455
2 Gewinne zu 5000 M.	126352
4 Gewinne zu 3000 M.	78202 263521
4 Gewinne zu 2000 M.	246155 273908
8 Gewinne zu 1000 M.	39839 73895 198158 237380
8 Gewinne zu 800 M.	103141 149394 177044 249654
4 Gewinne zu 500 M.	3392 196974
56 Gewinne zu 400 M.	3303 19934 20375 44132 47040
48289 55818 65686 70739 94405 95176 111758 124038 131183	
139071 140989 144170 156791 172478 207778 210974 219052	
220816 229696 231897 251023 251947 267312	
186 Gewinne zu 300 M.	1915 2173 3980 11289 14343 15307
27681 29494 31799 32867 33078 40372 42225 48315 50968 57901	
80372 82577 83492 73949 78655 79030 83483 85778 85800 93094	
93812 95674 96708 98293 103210 107892 117031 118044 118474	
120557 122326 125469 126288 126425 129820 130413 134515	
134698 135878 138887 146959 150990 155771 158695 158915	
159639 160750 167738 171241 171624 173971 175658 178317	
181372 181742 182207 187777 189385 195284 199175 199793	
201501 201998 206767 210641 213126 218054 219281 221152	
224053 225047 226980 227285 227632 235385 235781 239532	
243844 243956 249142 249733 251287 255450 259937 260027	
267093 270289	

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M gezogen

2 Gewinne zu 100000 M.	115807
2 Gewinne zu 5000 M.	19636
2 Gewinne zu 3000 M.	228549
2 Gewinne zu 2000 M.	205848
2 Gewinne zu 800 M.	258838
8 Gewinne zu 500 M.	7747 97415 126317 271211
74 Gewinne zu 400 M.	5099 14688 23465 50202 59582
59930 60505 62637 68267 73488 74640 79493 80098 80291 84941	
85728 87364 92602 112085 117551 139738 144825 146020 147155	
149583 162438 172093 181707 200947 211518 228654 230367	
237930 237980 248077 252502 266040	
206 Gewinne zu 300 M.	6039 21353 23942 25342 28832
29095 31089 32390 34108 37530 38243 42322 45673 49632 57907	
58067 58468 58564 61929 67277 71511 74103 76179 77889 79795	
83340 83647 84180 86768 93378 97806 101958 102203 104930	
105652 107212 107345 107498 110138 113182 117105 119839	
121213 122606 123129 127030 130363 131548 132427 134848	
136479 139183 139213 139336 141980 142160 144031 146897	
147508 148688 148777 159433 159929 161165 161764 164100	
164357 166335 169793 172091 180224 185454 186590 189289	
191527 191751 193203 193588 197464 200648 201428 201649	
207644 209301 212802 215590 220843 228919 237293 238155	
238196 246141 249149 249566 249685 253218 254615 255121	
257911 261845 272203 278449 274447	

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angegliedert dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Platzburg 9631
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit

A. Beheim - Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule
(Inh. F. Eggert)
Neukölln, Anmeldung, Ganhofstr. 1 und Berliner Str. 32 (Privatwohnung)
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-Lehrgänge - Fernspr.: Neukölln 1063
Der gute Kapitän-Kaufabak
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3361

Metallbettstellen
Korbmetz, Kinderwagen
Diskret Teilzahlung bei sofort. Lieferung
BALL
Gr. Frankfort-Str. 47 gegenüb. Markussstr.
Reparaturen an-rufen Alex. 3186

Berliner Töpferhütte
G. m. b. H.
angeschlossen dem Verband sozialer Baubetriebe
Berlin SO. 26, Waldemarstr. 14
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9314
Ausführung sämtlicher Töpferarbeiten. Neue Oefen und Reparaturen in guter und preiswerter Ausführung. - Kostenlose heiztechnische Beratung.

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
gestattet b. kl. Anzahl. u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 1 G.-M. an. Zahnz. mit Beküb. 1 G.-M. an. b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20 000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.
Hafvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-Vorzeiger 10%, Rabatt.
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

Gründer - Vorwärts
Arbeits- und Fortbildungsmöglichkeit! Ausbildung und Karriere geht „Vorwärts“ ein neuer Schritt gratis durch: Erdmann & Co., Berlin, Königsgrüner Straße 71.
Gelbte Sackstopferinnen
sucht
Rhein-Westf. Sackindustrie, Berlin O 17, Warschauer Straße 37-38. Meldungen vorm. 9 - 12 Uhr

Avus-Automobil-Rennen am Sonntag?

Beginn 2 Uhr Volkstümliche Preise: Waldplatz 50 Pf., Zwischenschl.-Pl. 75 Pf., Tatters.-Pl. 1 M., Süd- u. Nordschleife 2 M., Tribünen v. 4 M. an. Fahrtverbindung: Straßenbahn: 72, 93; Stadtbahn: Bhf. Witzleben, Eichkamp, Grunewald, Nikolassee; Untergrundb.: Kaiserdamm; Autoomnibus: v. Alexanderpl. u. Zoo.

Ja, unwiderruflich!